



G7-Gipfel 2015 auf Schloss Elmau in Bayern

Von Marc-Florian Sinn, Vorsitzender des Fachbereiches Schutzpolizei

Das jährliche Treffen der Staats- und Regierungschefs der führenden Wirtschaftsnationen findet im Juni 2015 auf Schloss Elmau im Süden Bayerns statt. Neben Gastgeber Deutschland nehmen die USA, Großbritannien, Frankreich, Italien, Kanada und Japan am G7-Gipfel teil. Wegen der Ukraine-Krise fehlt Russland, seit 1998 Teilnehmer, in diesem Jahr.

Der Gipfel der Regierungschefs in Bayern bildet den Abschluss monatelanger Vorbereitungen und Verhandlungen, zu denen unter anderem auch die Treffen der Außenminister in Lübeck und der Energie- und Wirtschaftsminister in Hamburg und Dresden gehörten. Bei den auf Schloss Elmau stattfindenden Gesprächen der Spitzenpolitiker sind meist nur noch wenige Fragen offen. Vielmehr stehen hier die Abschlusserklärungen im Vordergrund, in denen sich die G7 Teilnehmer auf ein gemeinsames Vorgehen einigen.

Wie auch bei den vorangegangenen Gipfeln muss die Polizei mit einem massiven Protest von Gipfelkritikern rechnen. Neben den friedlichen Protestlern werden auch viele Autonome und Linksextremisten versuchen, den Gipfel zu stören, und die Sicherheitskräfte in Atem halten. Die EZB-Eröffnung in Frankfurt hat gezeigt, dass die Chaoten nicht an einem friedlichen Protest, sondern nur an Gewalt und Verwüstung interessiert sind. Höhepunkt hier war, dass auf der großen Demonstration am Abend über Lautsprecher die Rauchsäulen am Frankfurter Himmel von einer breiten Masse frenetisch als Erfolg gefeiert wurden.

Unter diesen Vorzeichen steht für die bayerische Polizei mit diesem Gipfel einer der größten Polizeieinsätze seit Kriegsende vor der Tür. Bereits seit einem Jahr laufen die Vorbereitungen

im Planungsstab. Tausende Polizisten aus dem gesamten Bundesgebiet werden die Kolleginnen und Kollegen aus Bayern unterstützen. Es gleicht einer logistischen Meisterleistung, genügend Unterkünfte und eine ausreichende Versorgung der Einsatzkräfte zu gewährleisten. Ein Beispiel zeigt, mit welchen Unwägbarkeiten hierbei zu rechnen ist. Nach Informationen des Bayerischen Rundfunks verlangte ein örtlicher Betrieb für die Portion Leberkäs 11,50 Euro! Aber auch der Schutz des Tagungsortes ist eine Herausforderung. Sicherheitsringe werden für den Schutz der einige Tausend Personen umfassenden Delegationen sorgen und Zugangskontrollen im Nahbereich des Tagungsortes notwendig machen. Flugbeschränkungen, Verkehrsbeeinträchtigungen und Grenzkontrollen zum nahen Österreich machen aus dem Einsatzraum einen Hochsicherheitsbereich. Der Schutz und die Gewährleistung der friedlich angelegten Proteste sind aus polizeilicher Sicht als ebenso wichtig anzusehen. Vor und während des Gipfels sind unter anderem eine Großdemonstration in München und Garmisch-Partenkirchen sowie ein Sternmarsch nach Elmau bereits angemeldet.

Die große Entfernung zum Tagungsort schützt auch die Kolleginnen und Kollegen aus Hamburg nicht vor Mehrdienst



> Marc-Florian Sinn

und Dienstzeitverlagerungen. Neben den Hamburger Hundertschaften und Beamten aus anderen Bereichen, die die bayerische Polizei unterstützen werden, geht hier das „Leben“ normal weiter. Auch kann es in anderen deutschen Städten zu Gipfelprotesten kommen. Dann findet am 6. Juni auch noch das Finale der UEFA Champions League in Berlin statt, was aller Voraussicht nach auch nicht ohne polizeiliche Unterstützung auskommen wird. Die **DPoIG Hamburg** wird in Bayern, wie auch bei allen anderen Einsatzlagen, mit Betreuungsteams für die Kolleginnen und Kollegen vor Ort sein und stets ein offenes Ohr für die größeren und kleineren Probleme haben, so wie es unsere Kolleginnen und Kollegen seit vielen Jahren von uns kennen.



> Schloss Elmau ist der Tagungsort des diesjährigen G7-Gipfels. Am 7. und 8. Juni wird das beschaulich gelegene Schloss im Fokus der internationalen Politik und der Sicherheitsbehörden stehen.

Impressum:

Redaktion:
Frank Riebow (v. i. S. d. P.)
Erdkampsweg 26
22335 Hamburg
Tel. (0 40) 48 28 00
Fax (0 40) 25 40 26 10
Mobil (0175) 3 64 42 84
E-Mail: FRHamburg@gmx.de
Landesgeschäftsstelle:
Holzdamm 18, 20099 Hamburg
Tel. (0 40) 25 40 26-0
Fax (0 40) 25 40 26 10
E-Mail: dpolg@dpolg-hh.de
Geschäftszeit: Montag bis
Donnerstag, 9.00 bis 17.00 Uhr,
Freitag, 9.00 bis 15.00 Uhr
Fotos: Sönke Goth,
Frank Riebow,
DPoIG Hamburg
ISSN 0723-2230



@DPoIGHH



Sönke Goth

Einkommensrunde 2015

2

Gerade noch ein Kompromiss? – Bewertung des Tarifergebnisses

Gerade noch akzeptabel ist das Tarifergebnis für die Tarifbeschäftigten der Länder. Für die **DPoIG Hamburg** bleibt der große Jubel über den Tarifabschluss aus.

Das hat Kollege Michael Adomat während der entscheidenden Sitzung der Bundestarifkommission am frühen Morgen des 29. März 2015 deutlich gemacht.



Sönke Goth



Die wesentlichen und für Hamburg wichtigen Details des Tarifabschlusses:

- › Erhöhung der Tabellenentgelte ab dem 1. März 2015 um 2,1 Prozent
- › Erhöhung der Tabellenentgelte ab dem 1. März 2016 um weitere 2,3 Prozent, mindestens um 75 Euro
- › Tarifpflege des TV-L, erste Gespräche dazu bereits im Sommer 2015
- › Erhöhung der Ausbildungsentgelte ab dem 1. März 2015 um 30 Euro
- › Erhöhung der Ausbildungsentgelte ab dem 1. März 2016 um weitere 30 Euro
- › Erhöhung des Urlaubsanspruchs für Auszubildende um einen Tag, auf nunmehr 28 Tage.

Dies sind die positiven Merkmale des Tarifabschlusses. Weiterhin positiv zu bewerten ist die bereits getroffene Entschei-

dung des Hamburger Senats, das Tarifiergebnis zeit- und inhaltsgleich auf die Beamten und Beamtinnen sowie auf die Versorgungsempfänger zu übertragen. Dabei ist jedoch zu beachten, dass von den Besoldungsanpassungen jeweils 0,2 Prozent abgezogen und der Versorgungsrücklage zugeführt werden.

Als eine Belastung für die Tarifbeschäftigten stellt sich die höchst umstrittene Erhöhung des Eigenanteils für die „Betriebsrente“ dar. Für alle Landestarifbeschäftigten der Mitgliedsländer der Versorgungsanstalt Bund/Länder (VBL) erhöht sich der Eigenanteil wie folgt:

- › Erhöhung des Arbeitnehmer-Eigenanteils von 1,41 Prozent ab dem 1. Juli 2015 auf 1,61 Prozent
- › Erhöhung des Arbeitnehmer-Eigenanteils von 1,61 Prozent ab dem 1. Juli 2016 auf 1,71 Prozent

- › Erhöhung des Arbeitnehmer-Eigenanteils von 1,71 Prozent ab dem 1. Juli 2017 auf 1,81 Prozent

Damit wurde der abstrusen Forderung der Arbeitgeber zugestimmt, die diesen Finanzierungsbedarf der VBL auf die nächsten 40 Jahre hochrechnete! In den neuen Bundesländern erhöht sich der Arbeitnehmer-Eigenanteil in den gleichen zeitlichen Schritten um jeweils 0,75 Prozent. Für die neuen Bundesländer positiv zu bewerten und quasi als Ausgleich ist die stufenweise Angleichung des Weihnachtsgeldes auf das vollständige „West-Niveau“ bis zum Jahre 2019.

Hamburg gehört nicht der VBL an, sondern hat die „Betriebsrente“ für die hamburgischen Landestarifbeschäftigten über das Hamburgische Zusatzversorgungsgesetz geregelt.

Die **DPoIG Hamburg** und der dbb hamburg werden alles daran setzen, dass es nicht zu einer möglichen wertgleichen Erhöhung des Arbeitnehmer-Eigenanteils für die Zusatzversorgung kommt, denn dieser Topf ist in Hamburg gut gefüllt. Einer Erhöhung des Eigenanteils bedarf es daher nicht! Ein großer Dank gilt hier jedoch den vielen Kolleginnen und Kollegen, die sich an den Arbeitskampfmaßnahmen in Hamburg und in Potsdam beteiligt haben. Ohne eine solch breite und engagierte Beteiligung der **DPoIG Hamburg** wäre der Tarifabschluss bedeutend schlechter ausgefallen. Auch die Landesstreikleitung hat hervorragende Arbeit geleistet, zum Teil bis weit in die Nacht hinein wurden die Warnstreiks und Demos vorbereitet. Danke für Eure Mitarbeit!

Fachbereich Verwaltung

DPoIG rüstet weitere Einsatzzüge der DE 3 mit Einsatzrucksäcken aus

Die **DPoIG Hamburg** hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Züge der DE 3 auf Anfrage mit Einsatzrucksäcken auszustatten. Diese wetterfesten Rucksäcke haben sich bei Demonstrationen

und Ausbildungsvorhaben zum Mitführen und Aufbewahren von zum Beispiel Einmalhandschuhen, Kurzberichten, Schreibutensilien, Erste-Hilfe-Material, Augenspülflaschen



› Ronald Helmer mit Kolleginnen und Kollegen der Einsatzzüge DE 361 und DE 363 bei der Übergabe der Einsatzrucksäcke.



und so weiter mehr als bewährt. Sie gehören mittlerweile zum festen Erscheinungsbild eines Zuges im Demonstrationsgeschehen. Im März erhielten die Einsatzzüge DE 361 und DE 363 ihre Einsatzrucksäcke, überreicht durch den Ersten stellvertretenden Fachbereichs-

vorsitzenden Ronald Helmer. Der Zug DE 362 erhielt erst nach Redaktionsschluss des POLIZEI-SPIEGELS Ende April seinen Einsatzrucksack. Die **DPoIG Hamburg** freut sich, damit zur Sicherheit und verbesserten Ausstattung der Kolleginnen und Kollegen beizutragen. ■



Personalrat vor Ort

Gewaltexzesse überschatteten Einweihung der Europäischen Zentralbank

Von Ronald Helmer, Personalrat und Erster stellvertretender Vorsitzender des Fachbereiches Schutzpolizei

Mitte März waren die Einsatzkräfte DE 34 und DE 35 anlässlich der Eröffnung des neuen Gebäudes der Europäischen Zentralbank (EZB) in Frankfurt/Main eingesetzt. Unsere Kolleginnen und Kollegen wurden von den **DPoIG**-Personalräten Thomas Jungfer und Ronald Helmer begleitet und betreut.

Nach einer durch einen schweren Lkw-Unfall auf der BAB 7 verzögerten Anfahrt nach Frankfurt freuten sich die Einsatzkräfte auf die angekündigte Verpflegung durch den Einsatzabschnitt Logistik der Landespolizei Hessen. Was dann aber als sogenannte Verpflegung auf die Kolleginnen und Kollegen wartete, war mehr als enttäuschend! Ein paar Scheiben trockenes Brot und eingeschweißte Wurst machten die Vorfreude auf eine erhoffte Warmverpflegung schnell zunichte. Dank modernster Kommunikationsmittel konnte sich das Betreuungsteam schnell ein Bild von der Abendverpflegung machen und reagierte sofort.

Über die hessischen Kollegen wurde die Problematik unverzüglich an die Einsatzleitung herangetragen. Diese entschuldigte sich am nächsten Tag bei den Hamburger Einsatzkräften für die Unannehmlichkeiten. Zumindest die Unterbringung in den Hotels „Ibis“ in der Frankfurter Innenstadt und „Sheraton“ am Frankfurter Flughafen waren aus Sicht der Kolleginnen und Kollegen gut und nicht zu beanstanden. Der erste Einsatztag der Hamburger Hundertschaften bestand aus Objektschutzaufträgen direkt am Neubau der EZB beziehungsweise im Innenstadtbereich und verlief unspektakulär, hier gab es nun auch die angekündigte Warmverpfle-

gung für die Kolleginnen und Kollegen. Zusätzlich konnten sich alle dann noch über unsere bewährte Einsatzverpflegung – Schokoladensnacks, Salamiwürstchen, Kaffee, Kakao und Red Bull – freuen, die gerne und dankbar angenommen wurde. Allerdings war es den Kräften aufgrund der in Frankfurt ohnehin chaotischen und durch die EZB-Eröffnung noch zusätzlich verschlimmerten Verkehrslage nur schwer möglich, zu den festgelegten Zeiten aus ihrem Auftrag zur Aufnahme der Warmverpflegung herausgelöst zu werden und diesen im Anschluss auch zeitgerecht wieder wahrzunehmen. Für den zweiten Einsatztag war dann folgendes Szenario angekündigt: Diverse Gegenveranstaltungen waren im Vorfeld der EZB-Eröffnung angemeldet worden, unter anderem war an verschiedenen Plätzen mit Demonstrationen, Aufzügen und Mahnwachen zu rechnen. Hauptveranstaltung war ein demonstrativer Aufzug mit erwarteten 14.000 Teilnehmern in der City, von denen bis

zu 3.500 Teilnehmer der links-autonomen/linksextremistischen Szene mit hoher Gewaltbereitschaft aus ganz Europa erwartet wurden. Unter anderem wurden ein Sonderzug aus Italien und bis zu 60 Reisebusse aus ganz Europa mit dem entsprechendem Klientel in Frankfurt erwartet. Bereits im Vorfeld und auch im Anschluss an die Demonstration war mit einer hohen Aggressivität von EZB-Gegnern gegenüber Polizeikräften und -einrichtungen auszugehen. In den Morgenstunden kam es dann zu einem Angriff auf das erste Polizeirevier in Frankfurt, die Medienbilder, die die eingeworfenen Fensterscheiben und die brennenden Streifenwagen zeigten, dürften hinlänglich bekannt sein. Dieser Gewaltexzess führte dazu, dass deutschlandweit Kräfte in Abteilungsstärke nach Frankfurt eingeflogen wurden. Teilkkräfte der vierten Hundertschaft aus Hamburg waren nach dem Angriff auf das Polizeirevier an der Festsetzung von ungefähr 400 gewaltbereiten italienischen De-



> Die **DPoIG**-Personalräte waren Ansprechpartner unserer Kolleginnen und Kollegen beim EZB-Einsatz in Frankfurt/Main. Ronald Helmer und ...



> ... Thomas Jungfer versorgten die Einsatzkräfte natürlich mit unseren beliebten Snacks und Getränken.



DPoIG Hamburg

> Die von Gewalttätern angegriffene Frankfurter Innenstadtwache.



DPoIG Hamburg

monstranten beteiligt. Da sich die Abarbeitung der Folgemaßnahmen zur Festsetzung über mehrere Stunden hinzog, war unsere Verpflegung für die Kolleginnen und Kollegen im Anschluss umso willkommener. Die angekündigte Großdemonstration mit letztendlich bestätigten 17.000 Teilnehmern verlief dann weitgehend störungsfrei, es hatte den Anschein, als ob den gewaltbereiten Demonstranten die morgendlichen Aktionen ausgereicht hätten. Umso frag-

würdiger erscheint vor diesem Hintergrund die Entscheidungsträgheit der Einsatzleitung. Kräfte wurden aus hiesiger Sicht viel zu lange im Einsatz gehalten und erst mit deutlicher Verspätung entlassen. In den weiteren Abendstunden platzte die Frankfurter Innenstadt vor lauter Polizei aus allen Nähten, gefühlt kamen auf einen bürgerlichen Passanten zehn Einsatzkräfte, von Personen mit erkennbarem Einsatzbezug war weit und breit nichts mehr zu sehen.

■ Fazit

Über 6.000 eingesetzte Polizistinnen und Polizisten aus dem ganzen Bundesgebiet, davon 150 verletzte Kolleginnen und Kollegen (keiner aus Hamburg), denen wir eine schnelle Genesung wünschen, zwei überaus motivierte Hamburger Einsatzhundertschaften, die routiniert und erfahren ihre Aufträge erledigten. Laut Medienberichten gab es 350

Festnahmen und 200 verletzte Demonstranten – und mittendrin wurde die Europäische Zentralbank dann auch noch eröffnet. **Unser besonderer Dank geht an Frau Suess und Herrn Carturan mit ihren Teams des Hotels „Sheraton Frankfurt Airport“, die uns bei der Vorbereitung unserer Einsatzbegleitung jederzeit schnell und unkompliziert unterstützten und jeden unserer Sonderwünsche erfüllten!** ■



DPoIG Hamburg

> Der Neubau der Europäischen Zentralbank.

> Nachgelesen

„Demonstrationen dienen der freien Meinungsäußerung. Doch was wir in Frankfurt gesehen haben, war das komplette Unverständnis für unsere Gesellschaftsordnung. Die Ablehnung von Arbeit, Eigentum und Leistung. Indem die Vandalen unsere Polizei angriffen, unsere Fahrzeuge anzündeten und unsere Straßen und Häuser beschädigten, unsere Freiheit beschränkten, negierten sie alles, wofür wir arbeiten. Wir, das sind wir Unternehmer, wir Journalisten, wir Studenten und wir Arbeiter. Wir, die wir versuchen, eine gesellschaftliche Ordnung aufzubauen, die auf Diskurs statt auf Gewalt beruht. (...)“

Wer gegen die Zentralbankpolitik demonstriert, indem er Polizisten angreift, Autos anzündet und Passanten gefährdet, eine ganze Stadt zum Kriegsgebiet erklärt, um seine perverse Vorstellung von Gerechtigkeit auszuleben, muss endlich demaskiert werden! Das ist kein Kampf für Gerechtigkeit, das sind Verbrechen. Und jeder Einzelne, der Steine wirft, Polizisten angreift und eine ganze Stadt lahmlegt, sollte dafür zur Rechenschaft gezogen werden.“

Quelle: Philipp Piatov, „Kinder des Wohlstands“, „WELT“ vom 21. März 2015

Piatov wurde in St. Petersburg geboren und kam mit seinen Eltern als Kind nach Deutschland. Er studiert Wirtschaftswissenschaften in Frankfurt/Main und arbeitet in Berlin. Im Dezember dieses Jahres erscheint sein erstes Russland-Buch bei dtv.



Wenn der Tod mit Gewalt ins Leben tritt

Von Frank Riebow, Landesredakteur

Robert Steinhäuser, Amoklauf, Erfurt 2002: Der Amoklauf ereignete sich am Vormittag des 26. April am Erfurter Gutenberg-Gymnasium. Es war der letzte Tag der schriftlichen Abiturprüfungen. Der 19-jährige Robert Steinhäuser erschoss elf Lehrer, eine Referendarin, eine Sekretärin, zwei Schüler und einen Polizisten. Anschließend tötete er sich selbst.

Tim Kretschmer, Amoklauf, Winnenden 2009: Der Amoklauf von Winnenden geschah am 11. März in der Albertville-Realschule und

bisherigen Stand der Ermittlungen der französischen Staatsanwaltschaft hat der 27-jährige Copilot Andreas Lubitz den Absturz des Airbus' und den Tod aller Insassen vorsätzlich herbeigeführt.

Amokläufer. Mörder. Massenmörder. Suizidenten. Sind diese Täter narzisstische Lebensversager? Psychisch instabil, gar psychisch krank und daher eher Opfer als Täter? Wusste Lubitz nicht, was er tat, als er seinen Kolle-

können. Sensationsgier, Geschwätzigkeit und Desinformation gehören zu dieser öffentlichen Diskussion ebenso, wie das Verkünden schieren Unsinn, das sind die in der Natur der Sache liegenden Begleiterscheinungen einer aufgewühlten, erregten, sonst nach Konsens strebenden Gesellschaft. Nach Wochen, vielleicht Monaten der Verstörung geht das Leben weiter und der Alltag hat uns wieder im Griff – und das ist auch richtig so. Schlagartig



Frank Riebow

2001 an den Spätfolgen einer Schussverletzung. Seit diesem Amoklauf ist das Tragen von Waffen in Texas an zwei öffentlichen Orten verboten – auf Flughäfen und auf dem Glockenturm von Austin.

Steinhäuser, Kretschmer, Lubitz und Whitman töteten unschuldige und bis zum Moment der Tat völlig ahnungslose Frauen, Männer, Kinder und Babys. Warum? Weil sie es wollten!



Umgebung sowie in Wendlingen am Neckar. Tim Kretschmer, 17 Jahre alt, tötete 15 Menschen. Nachdem er nach mehrstündiger Flucht von der Polizei gestellt worden war, erschoss er sich.

Andreas Lubitz, mutmaßlich vorsätzlich herbeigeführter Absturz des Germanwings-Flugs 4U9525 in den französischen Alpen bei Le Vernet 2015: Am 24. März zerbarst der Airbus A320 auf dem Flug von Barcelona nach Düsseldorf in den französischen Alpen. Alle 144 Passagiere und die sechs Crewmitglieder kamen dabei ums Leben. Nach dem

gen aussperrte, den A320 auf Kollisionskurs brachte, sich und 149 Menschen das Leben nahm? Ist der Copilot Andreas Lubitz schuldlos schuldig? Ganz sicher nicht! Nach solchen Taten bestimmen Schock, Fassungslosigkeit und Trauer die nächsten Tage. Die Fragen nach dem Motiv des Täters (Warum?) und wie man eine so grauenhafte, barbarische Tat in der Zukunft verhindern könne, folgen unausweichlich und prägen den Diskurs in der Öffentlichkeit und in der veröffentlichten Meinung. Das ist auch völlig in Ordnung, so sind Menschen gepolt – wir wollen wissen, warum Menschen tun, was sie tun, wir wollen verstehen, was wir nicht verstehen

wurde uns allen wieder bewusst, wie zerbrechlich unser kurzes Leben ist. Amoktaten und Gewaltexzesse sind keine Phänomene unserer Zeit und wenn wir ehrlich sind, wissen wir heute auch nicht viel mehr als vor Jahrzehnten.

Der 25-jährige Charles Whitman war Architekturstudent an der Universität von Texas in Austin. Der ehemalige Marineinfanterist bestieg schwer bewaffnet am 1. August 1966 den Glockenturm des Unigeländes – zuvor hatte er bereits seine Mutter und seine Ehefrau erstochen – und tötete dann innerhalb einer Stunde 17 Menschen und verletzte 32 weitere, bevor er schließlich von der Polizei erschossen wurde. Sein letztes Opfer starb

Nachgelesen

„Wie schuldig kann ein Mann sein, der offenkundig psychisch krank war (...). Diese Sicht lädt zur Milde ein, zur Zurückhaltung, bei manchem vielleicht zum Verständnis, zur Vergebung. Andere finden das zynisch, weil sie an die 149 Opfer und deren Hinterbliebene denken. Deren Schmerz, deren Verlust, deren Leid bleibt, egal in welchem Zustand der Täter war.“

Quelle: Dirk Kurbjuweit, „Schuld und Psyche“, „SPIEGEL“ 15/2015, vom 4. April 2015



Polizei greift **DPoIG**-Vorschlag auf

Bewerberkreis für den mittleren Dienst der Wasserschutzpolizei wird vergrößert

Im Herbst vergangenen Jahres hat die **DPoIG Hamburg** die Dienststelle gebeten, die Einstellungspraxis für den mittleren Dienst der Wasserschutzpolizei zu überprüfen.

Im Anschreiben an Polizeipräsident Ralf Martin Meyer führte Landesvorsitzender Joachim Lenders unter anderem aus: „*Junge Frauen und Männer, die maritimes Interesse haben, vielleicht wassersportaffin sind und einen Sportbootführerschein besitzen, über technisches Verständnis verfügen, gar einen Beruf erlernt haben, von dem die Wasserschutzpolizei profitieren kann, können sich heute nicht bewerben, da sie die Einstellungsbedingungen nicht erfüllen. Nach Auffassung der DPoIG Hamburg vergibt der Dienstherr hier die große Chance, eine Vielzahl interessierter Bewerberinnen und Bewerber anzusprechen.*“ Der Vizechef der Hamburger Wasserschutzpolizei, Polizeidirektor Olaf Frankowski, hat dem Vorsitzenden des Fachbereiches Wasserschutzpolizei, Frank Riebow, geantwortet und in seinem Schreiben die Intention der **DPoIG Hamburg** aufgegriffen. Der POLIZEISPIEGEL veröffentlicht das Schreiben im Wortlaut:

„Guten Tag Frank,

in einem an den Polizeipräsidenten gerichteten Schreiben vom 7.10.2014 thematisiert Herr Lenders die Einstellungsbedingungen der Wasserschutzpolizei vor dem Hintergrund der zurückgehenden Bewerberzahlen. Herr Meyer bat WSPL in diesem Zusammenhang darum, Möglichkeiten zu prüfen, wie eine Erweiterung des Bewerberkreises für die Wasserschutzpolizei zu erreichen sei. Ich möchte Dich nun über den Sachstand und über die aktuelle Auffassung der WSP in dieser Sache informieren.

Wie Du sicherlich weißt, war und ist es aus fachlichen Erwägungen heraus ein erklärtes Ziel der WSP, insbesondere qualifiziertes und beruflich vorgebildetes seemännisches Personal für den Dienst in der WSP zu gewinnen und einzustellen.

Nach Überprüfung der aktuellen Einstellungspraxis und der bestehenden Rechtslage ist die WSP zu der Auffassung gelangt, die Einstellungsbedingungen so zu erweitern, dass es der WSP auch zukünftig möglich sein wird, den Nachwuchsbedarf sowohl quantitativ als auch qualitativ

zufriedenstellend decken zu können.

Zur Gewährleistung der genannten Ansprüche ist durch die WSP ein Vorschlag zur Änderung der HmbLVO-Pol erarbeitet und bereits im November des letzten Jahres zur weiteren Prüfung über den Polizeipräsidenten an die Personalabteilung sowie die Akademie weitergeleitet worden. Bezogen auf den Vorschlag bedeutet dies konkret, dass die WSP neben den allgemeinen Einstellungsbedingungen auch weiterhin an den aktuell gültigen besonderen Einstellungsbedingungen für den Laufbahnzweig WSP festhalten möchte.

Ungeachtet dessen, hält die WSP aber eine Erweiterung des möglichen Bewerberkreises für sinnvoll und hat folgende Änderungswünsche der HmbLVO-Pol **für die Einstellungsbedingungen LA I** eingereicht:

1. Die Erweiterung der besonderen Einstellungsbedingungen gem. § 9 (2) HmbLVO-Pol und deren mögliche regelhafte Anwendung auf Bewerber,

> *die über eine abgeschlossene, der WSP zweckdienlich erscheinende Berufsausbildung verfügen.*

2. Neben der bereits gem. § 11 (2) HmbLVO-Pol bestehenden Ausnahmeregelung für „*Bewerber die über eine abgeschlossene berufliche Ausbildung, die für die Verwendung im Laufbahnzweig Wasserschutzpolizei zweckdienlich ist*“ sollten zusätzlich auch

> *Bewerber ohne abgeschlossene Berufsausbildung jedoch anderen, der WSP zweckdienlich erscheinenden Qualifikationen*

im Rahmen des Einstellungsverfahrens berücksichtigt werden können.

Diese zusätzliche Option greift den von Herrn Lenders eingebrachten Vorschlag zur Erweiterung des Bewerberkreises auf und konkretisiert diesen. Im Übrigen wird die WSP bereits im Juni 2015 erstmalig auch einem potenziellen Bewerber aus diesem für uns neuen Bewerberkreis (derzeit Gymnasiast) die Möglichkeit geben, ein einwöchiges Schülerpraktikum in der WSP zu durchlaufen. Hier können erste Erfahrungen mit dieser Zielgruppe gesammelt werden.“

Mit freundlichen Grüßen
Olaf Frankowski



Freies WLAN für alle

Der regionale Netzbetreiber willy.tel plant auf eigene Kosten die Einrichtung von 7.000 WLAN-Hotspots bis 2020 in Hamburg. Davon profitieren nicht nur Hamburger Bürger und die Besucher der Elbmetropole. Mit dieser Investition wird ein weiteres, öffentlich zugängliches WLAN-Netz in Hamburg aufgebaut. Netze von Kabel Deutschland und der Telekom sind bereits in Betrieb. Die WLAN-Strategie des Senats, Vorhaben privater Netzbetreiber zu unterstützen, trägt damit Früchte. Betreiber des WLAN-Netzes ist das Hamburger Familienunternehmen willy.tel. Mit den Glasfaserkabeln sei willy.tel nach eigener Aussage der Konkurrenz einen Schritt voraus und garantiere eine Download-Geschwindigkeit von 100 Mbit pro Sekunde. Damit sieht sich das Unternehmen gerüstet für weiter steigende Anforderungen. Geschätzt verdoppelt sich die zu übertragende Datenmenge alle drei Jahre durch techni-

schen Fortschritt und neue Nutzungsmöglichkeiten wie zum Beispiel Internet-TV. Der Ausbau des WLAN-Netzes beginnt in der Hamburger City und soll nach Angaben des Amtes Medien der Senatskanzlei anschließend in Richtung Landungsbrücken und Hafencity ausgeweitet werden. Gebiete, in denen sich viele Menschen aufhalten, sind für den Netzbetreiber wirtschaftlich besonders attraktiv. Die Stadt fordert jedoch den Ausbau über die zentralen Lagen hinaus. Ohne eigene Haushaltsmittel für den Aufbau eines eigenen Netzes einsetzen zu müssen, werde die Stadt dadurch attraktiver für Bürger, Besucher und die Wirtschaft. Auch für einen privaten Investor lohnt sich die Investition. Zwar kommt er für Aufbau und Unterhalt des Netzes auf. Dafür kann er aber die vorhandene städtische Infrastruktur nutzen. So werden die sogenannten Access Points, die WLAN-Sender, überwiegend

in die Straßenbeleuchtung eingebaut. Kleine Geräte in etwa sechs Metern Höhe sorgen für einen durchgängigen Empfang. Wo keine Lampe zur Verfügung steht, weicht der Netzbetreiber in öffentliche oder auch private Gebäude aus. Kostenlos ist die Nutzung des Netzes nur für Privatpersonen. Anliegende Unternehmen können das Netz gegen Gebühr verwenden. Mobilfunkanbieter profitieren ebenfalls vom kostenfreien WLAN-Netz. Wenn zum Beispiel bei Großveranstaltungen wie dem Hafengeburtstag die Mobilfunknetze überlastet sind, können die Besucher auf die WLAN-Hotspots ausweichen, um Fotos in sozialen Netzwerken zu veröffentlichen oder im Internet zu surfen. Beschwerden über eine zeitweilig nicht ausreichende Performance der Mobilfunknetze halten sich so

in Grenzen. Wer ein WLAN-fähiges Gerät wie ein Smartphone oder Tablet besitzt und sich im Bereich eines Hotspots aufhält, kann über das WLAN bei willy.tel einen Zugangscode anfordern. Dieser wird umgehend per SMS zugeschickt. So kann das WLAN rund um die Uhr beliebig genutzt werden. Ab dem Moment der Anmeldung im Netz ist die Verbindung des Geräts ins Internet verschlüsselt, sodass die Nutzer vor illegalen Übergriffen geschützt sind. Dass das Surfen ganz ohne Anmeldung noch nicht möglich ist, hat rechtliche Gründe im Zusammenhang mit der Haftung für die Folgen rechtswidriger Handlungen Dritter in einem freien WLAN-Netz. ■



DPoIG Hamburg

Ruhestand			
Folgende Kollegen sind zum 30. April 2015 in den Ruhestand gegangen:			
Akademie der Polizei			
KHK	Quase-Scott, Claus		AK 1
Direktion Einsatz			
POK	Mertz, Holger		DE 301
PK	Neiß, Hellmer		DE 12
Direktion Polizeikommissariate und Verkehr			
PHK	Baumgartner, Gerd		PK 43
PHK	Grundmann, Uwe		PK 38
POK	Kappenberg, Thomas		PK 43
PHK	Mahr, Manfred		VD 52
PHK	Röhrs, Gerd-Volker		VD 42
Landeskriminalamt			
KHK	Buls, Rainer		LKA 361
POK	Dibbern, Hans-Joachim		LKA 27
PHMmZ	Härzer, Robert		LKA 11
KHK	Krebs, Alexander		LKA 52
Personalabteilung			
PHK	Döring, Ingo		PERS 41

Verstorben			
8.1.2015	Rosenthal, Angelika	Ang. i. R.	60
10.2.2015	Forwick, Hans-Joachim	PHM i. R.	81
17.2.2015	Rehberg, Dieter	KHK i. R.	78
18.2.2015	Kraatz, Dietrich	KHK i. R.	71
18.2.2015	Lange, Ingeborg	Ang. i. R.	88
20.2.2015	Schulze, Heinrich	PHM i. R.	93
6.3.2015	Pollex, Karl-Heinz	PHM i. R.	94
7.3.2015	Krautwurst, Rudolf	Ang. i. R.	85
11.3.2015	Barda, Heinz	POK i. R.	78
14.3.2015	Schwenkenberg, Gustav	PHM i. R.	89
18.3.2015	Schneider, Alwin	PHM i. R.	99
19.3.2015	Angres, Manfred	PHK i. R.	73
19.3.2015	Janowski, Eberhard	POK i. R.	75
20.3.2015	Rudolph, Hans	POK i. R.	95
22.3.2015	Grabe, Hermann	POK i. R.	67
24.3.2015	Kerl, Günter	EPHK i. R.	88
25.3.2015	Behrens, Rolf-Rüdiger	POK i. R.	72
31.3.2015	Opfer-Gabert, Heinz	PHM i. R.	72
31.3.2015	Jeschke, Eduard	PHK i. R.	82